

Standortwettbewerb: Chance nutzen!



*Von Nationalrat Hans Kaufmann
Wirtschaftsberater, Wettswil*

Die weltweit grassierende Staatsverschuldung beginnt sich zunehmend zinstreibend auf die Kapitalmärkte auszuwirken. Zum einen befürchten die Investoren wegen des Überangebotes an Staatsanleihen und Obligationen staatsgarantierter Finanzinstitute einen Zinsanstieg und eine Verdrängung der privaten Schuldner von den Kapitalmärkten. Im weiteren machen sich zusehends Inflationsängste breit, weil bezweifelt wird, dass die Notenbanken bei einer Konjunkturerholung die in die Finanzmärkte gepumpte Liquidität wieder rechtzeitig abschöpfen werden. Und schliesslich nehmen die Bedenken bezüglich der Kreditwürdigkeit zahlreicher Staaten zu. So sind Grossbritannien und erstmals auch die USA ins Fadenkreuz der Ratingagenturen geraten, die befürchten, dass die Verschuldung dieser Länder in den nächsten 5 Jahren auf gegen 100% des BIP ansteigen wird und damit eine AAA-Bonitätsauszeichnung nicht mehr zu rechtfertigen sei.

Die vorhersehbare Zunahme der globalen Staatsverschuldung um rund 25% – in einzelnen Ländern um bis zu

100% – hat nun aber zahlreiche Grosskonzerne alarmiert, die im Nachgang zur staatlichen Schuldenmacherei Steuererhöhungen befürchten. Dies trifft insbesondere auf die USA zu, wo derzeit über 50% der Grossunternehmen eine Überprüfung ihres Standorts und der Steuerrisiken vornehmen. Von einer härteren Gangart in Steuersachen seitens der USA sind insbesondere auch Finanzdienstleister und andere Unternehmen mit Domizil in der Karibik bedroht. Einzelne Konzerne planen deshalb eine Sitzverlegung in Länder, wo ein ähnlich günstiges Steuerumfeld herrscht wie beispielsweise auf den Bermudas.

Günstige Steuerverhältnisse alleine reichen jedoch selten aus, um einen Standortwechsel zu rechtfertigen. Im heutigen Umfeld müssen auch lokale Refinanzierungsmöglichkeiten und qualifiziertes Personal vorhanden sein. Die Schweiz verfügt über diese Ressourcen und hätte damit gute Voraussetzungen, neue Grosskonzerne aus aller Welt anzulocken, vorausgesetzt, die Politik begeht nun nicht gravierende Fehler, wie die Lancierung von milliardenschweren Konjunkturprogrammen auf Pump oder die Einführung von Salär- und anderen Restriktionen für Verwaltungsräte und Manager. Steuerrisiken, Salärdeckel und ähnliche Staatseingriffe sprechen sich unter den Wirtschaftsführern rasch herum und könnten sogar zum Abmarsch bestehender Firmen führen.

Die Diskussionen um das Bankgeheimnis haben dem Neugeschäft des Finanzplatzes Schweiz bereits massiv geschadet. Zusammen mit den Wertverlusten auf den in der Schweiz deponierten Vermögenswerten um über 30% bzw. rund 1'700 Mrd. Franken sind Wertschöpfungsverluste von 10 bis 15 Milliarden bzw. 2 bis 3% des BIP zu befürchten, womit rund 15'000 bis 25'000 Arbeitsplätze im Bankwesen gefährdet sind. Die Schweiz sollte sich deshalb aktiv darum bemühen,

einen Teil der Finanzindustrie, insbesondere auch Rückversicherungen, die derzeit noch in der Karibik oder anderswo angesiedelt sind, abzuwerben. Damit könnte das Know-how der überzähligen Fachexperten des Schweizer Finanzsektors sinnvoll eingesetzt werden. Gleichzeitig könnten an den Universitäten Lehrstühle und Forschungskapazitäten für Finanzmarktaufsicht eingerichtet werden.

Eine Spitzenstellung auf diesem Gebiet würde nicht nur dem Finanzplatz Schweiz nützen. Unser Land könnte auch zum Ausbildungsmekka für ausländische Fachkräfte werden. Die Schweiz müsste ferner den Mut haben, mit tiefen Unternehmenssteuern die Schwäche anderer Länder auszunützen und Firmenhauptsitze abwerben, um damit in der Schweiz neue Arbeitsplätze zu schaffen. Dies wäre die zweckmässigste Antwort auf die Attacken auf unseren Finanzplatz.

Aber leider dominiert in der Schweiz derzeit die Neidpolitik. Man dramatisiert die Boni und Managerlöhne, die lediglich rund 1% der gesamten Lohnsumme der kotierten Unternehmen ausmachen, statt sich um die drohenden massiven Arbeitsplatz- und Einkommensverluste der übrigen 99% Lohnbezüger zu kümmern. Man attackiert die Grossbanken, die unter dem Schock der Liquiditätsabflüsse, neuen politischen Auflagen und drohenden weiteren Regulierungen ihre Geschäftsvolumina auch im Kreditgeschäft reduziert und rekordhohe Kassenbestände aufgebaut haben. Letztere haben sich vom Ausbruch der Finanzkrise bis März 2009 auf rund 150 Mrd. Franken verfünffacht. Es wäre an der Zeit, raschmöglichst wieder Rechtssicherheit in Sachen Bankgeheimnis und in bezug auf eine allfällige Neu-regulierungen des Finanzsektors zu schaffen, damit die Banken, statt Liquidität zu horten, wieder zum normalen Tagesgeschäft übergehen können.

www.kaufmann-research.ch ●